

Antrag für den
Gleichstellungs- und Personalaus-
schuss
am 22.8.2011

Fraktion im Rat der Stadt Göttingen

Geschäftsführung: Jürgen Bartz

Tel: 0551-400-2785

Fax: 0551/400-2904

GrueneRatsfraktion@goettingen.de

www.gruene-goettingen.de

9.8.2011

Bürger- und Beteiligungsrechte transparent im Internet

Der Ausschuss möge dem Rat zum Beschluss vorlegen:

Die Verwaltung wird beauftragt, an prominenter Stelle auf der Homepage der Stadt einen Button zu installieren, der BürgerInnen zu komprimierten Informationen über alle Arten der Bürgerbeteiligung in der Stadt führt. Unter diesem Button sollen Interessierte sämtliche Informationen erhalten vom Wahlrecht über grundlegende Antrags-, Anfrage- und Auskunftsrechte (Informationsfreiheitsgesetz) bis hin zum Rederecht in Bürgerfragestunden und (auf Antrag) als sachkundigeR BürgerIN zu Tagesordnungspunkten in den Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse. Anschaulich darzustellen sind hierbei insbesondere die besonderen Einflussnahmemöglichkeiten im Rahmen von städtebaulichen Planungsverfahren.

Begründung:

Es dürfte im Rat der Stadt Göttingen Konsens sein, dass die Teilhabe von BürgerInnen an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen gestärkt werden sollte, nicht nur bei Wahlen und spektakulären Einzelentscheidungen wie der Bürgerbefragung zur Südspange, sondern im politischen Alltag. In Zeiten niedriger Wahlbeteiligung erscheint dies auch geboten, um die Akzeptanz und Legitimität politischer Entscheidungen zu erhalten und zu stärken.

Die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) und die Satzungen des Stadtrates bieten zahlreiche Möglichkeiten der geregelten Einflussnahme und Bürgerbeteiligung, einschließlich der dafür erforderlichen Auskunftsrechte. Allerdings sind diese Möglichkeiten nur wenigen BürgerInnen bekannt. Vorhandenes Wissen basiert in der Regel auf in der politischen Praxis gesammelten Erfahrungen. Die Details zu Grunde liegenden Satzungen sind dagegen nur wenigen Mitgliedern des Rates und der Verwaltung geläufig und im Internet oft schwer zu finden.

Es bedarf daher einer gut auffindbaren Darstellung sämtlicher Beteiligungsrechte im Internet auf die interessierte BürgerInnen im Bedarfsfall schnell zugreifen können, z.B. wenn ihnen eine Gebührenerhöhung nicht plausibel erscheint, ein Einkaufszentrum am falschen Fleck gebaut werden soll oder die Stadt an bestimmten Orten nicht angemessen für die Verkehrssicherheit von Kindern sorgt. Diese Übersicht im Internet ist umso notwendiger, weil schon Unsicherheiten hinsichtlich der „korrekten“ Vorgehensweise, nicht selten dazu führen, dass BürgerInnen – trotz berechtigter Anliegen – von den ihnen theoretisch zur Verfügung stehenden Möglichkeiten keinen Gebrauch machen. Das neue Internetangebot soll aufklären, die Hemmschwelle für die Betroffenen herabsetzen und ihre Verhandlungsposition gegenüber Rat und Verwaltung stärken. Je mehr der Rat Beteiligung in der Kommunalpolitik als Chance begreift und stärkt (statt sie als lästigen Störfaktor zu betrachten), um so mehr werden sich BürgerInnen ernst genommen fühlen und durch ihre Teilhabe die Legitimität politischer Entscheidungsprozesse stärken.